

RIO+20

Green Economy

eine marktwirtschaftliche Ökoillusion?

Kooperation Brasilien e.V.
www.kooperation-brasilien.org

Foto: João Ziclar

Der Erdgipfel von Rio de Janeiro 1992 hat die Agenda 21 und die Nachhaltigkeit berühmt gemacht. Zwanzig Jahre später, im Juni 2012, findet erneut eine UN-Folgekonferenz in Brasilien statt. Es soll Bilanz gezogen werden. Ein internationaler Umweltgerichtshof könnte entstehen. Die Green Economy (Grüne Wirtschaftsweise oder *New Green Deal*) will Lösungsansätze für Klimawandel, Ernährungs- und Finanzkrise bieten:

- **Dekarbonisierung:** Verringerung des Kohlendioxidausstoßes. Man will internationale Umweltstandards einführen und die Kapitalströme des globalen Handels in Sektoren mit geringem Kohlendioxidausstoß lenken.
- **Effizienzrevolution:** Technologische Innovationen. Diese sollen die Ressourcen effizienter nutzen und die Umwelt weniger verschmutzen, ohne dass der Lebensstandard sinkt.
- **Armutsbekämpfung:** Weiterhin steigendes Wirtschaftswachstum. Gleichzeitig will man Umweltrisiken verringern. Beides zusammen soll das Armutsproblem lösen.

In einem Komitee zu Rio+20 haben sich viele brasilianische soziale Bewegungen zusammen geschlossen. Sie kritisieren, dass die Konferenz auf den ökologischen Aspekt der Nachhaltigkeit eingengt ist. Auch Themen wie Ernährungssicherung und soziale Entwicklung sowie die Wahrung der Menschenrechte müssen bei der Entwicklung einer ökologischeren Welt berücksichtigt werden.

Parallel zum UN-Gipfel Rio+20 bereitet das Komitee (www.rio2012.org.br) einen Gipfel der Zivilgesellschaft „Cúpula dos Povos“ (vorläufig: „Gipfel der Völker“) vor. Die Kooperation Brasilien e.V. unterstützt diese Gegenströmung und macht sich zum Sprachrohr für die Anliegen der brasilianischen Zivilgesellschaft als Teil der weltweiten Bewegung. Im November organisiert KoBra den Runden Tisch Brasilien mit Gästen aus Brasilien zum Thema Rio+20

Eine der vorbereitenden Organisationen der „Cúpula dos Povos“ FASE (Federação de Órgãos para Assistência Social e Educacional Zusammenschluss für Solidarität und Bildung) kritisiert den *Green New Deal*:

- Dieser setzt weiter auf Wachstum. Dabei ist offensichtlich, dass die weltweite Überproduktion zu Klimaveränderungen führt.
- Die internationalen Handelsströme werden nicht in Frage gestellt. So wird bspw. ein Hemd heutzutage nicht mehr an einem Ort hergestellt, sondern reist durch verschiedene Länder, bevor es fertig ist. Dies verursacht einen enormen Energieverbrauch.
- Strukturelle Ursachen der Armut bleiben ausgeblendet: Die Konzentration von Reichtümern, der ungleiche Zugang zu den Ressourcen, spielen auf der Tagesordnung der Konferenz keine Rolle.
- Die Rechte der Völker stehen nicht im Mittelpunkt der Diskussionen. Gerade diejenigen traditionellen Gemeinschaften, die nachhaltig wirtschaften, werden durch den *Green New Deal* bedroht.
- Es besteht die Gefahr, dass die Konferenz von den Interessen der großen Unternehmen dominiert wird.

Mehr Informationen und Möglichkeit zum Engagement:

Dokumentarfilme zu Belo Monte:

Martin Kessler; "Eine andere Welt ist möglich – Kampf um Amazonien" (93 min); Kurzvideo "Count down am Xingu", <http://www.neuewelt.de/index.php>

REDD-Broschüre: Waldhandel fürs Klima?

Kooperation Brasilien, 2010, Bestellung bei KoBra, Kronenstr. 16 a, 79100 Freiburg oder info@kooperation-brasilien.org

Dossier Rio+20:

<http://www.boell.de/oekologie/oekologie-rio20-gipfel.html>

Buen Vivir - Schriftenreihe Ökologie der Heinrich-Böll-Stiftung:

Thomas Fatheuer, 2011, Band 17

Seminar: Runder Tisch Brasilien 25.-27.11.2011:

Brasilien – das (ewige) Land der Zukunft? Rio+20 – Nachhaltigkeit und Entwicklung, Geseke-Ehringerfeld, Information und Anmeldung bei KoBra, info@kooperation-brasilien.org

FASE – Solidariedade e Educação:

www.fase.org.br, Rio+20 - Kritik und Infos zum Alternativgipfel "Cúpula dos Povos" auf portugiesisch

Kampagne gegen Belo Monte: Gesellschaft für bedrohte Völker

www.gfbv.de (D und CH), Dreikönigsaktion, www.dka.at (A) – Protest gegen europäische Beteiligung an Belo Monte

Rettet den Regenwald e.V.

www.regenwald.org macht Eilaktionen zum Regenwaldschutz

Die Welt braucht weniger die Produktion von Reichtümern als ihre gerechte Verteilung. Die Green Economy zielt auf Armutsverringerung, ohne dabei die strukturellen Ursachen der Armut anzugehen: die Verteilung von Reichtum, Land und Ressourcen.

Fátima Mello, FASE, 2011, Rumo a um novo paradigma na Rio +20

Beispiele für Green Economy in Brasilien	Infragestellung von Green Economy als Instrument für nachhaltige Entwicklung
Energie aus Wasserkraft	
<p>Eine wichtige Säule auf dem Weg nach Rio+20 ist der weitere Ausbau der Energie aus Wasserkraft: Das Credo der Regierung lautet: „Wir brauchen Energie, um zu wachsen. Strom aus Wasserkraft ist Grüne Energie und damit nachhaltig.“</p> <p>Brasilien bezieht 75 % seiner Energie aus Wasserkraft. Das Land liegt damit vermeintlich an der Spitze der Industrienationen in Sachen Nachhaltigkeit.</p> <p>Für den weltweit wachsenden Energiebedarf baut und plant die Regierung daher etliche neue Wasserkraftwerke. Im Amazonasgebiet sollen 45.000 Megawatt durch Wasserkraftwerke erzeugt werden.</p> <p>Der Strom beliefert unter anderem energieintensive Industriezweige wie die Aluminium-, Zellulose- und Stahlproduktion. Deren Zwischenprodukte werden nach Nordamerika, Europa und Asien geliefert.</p>	<p>Mit dem Bau der Wasserkraftwerke sind soziale und ökologische Lasten verbunden: Menschen werden vertrieben, verlieren ihre Nahrungsgrundlage, die Abholzung steigt und die biologische Vielfalt ist bedroht. Die nachhaltige Lebensweise indigener und traditioneller Gruppen ist durch die Eingriffe in ihren Lebensraum in Gefahr.</p> <p>Die neuen Wasserkraftwerke im Amazonasgebiet liefern große Mengen billiger Energie. Davon profitieren vor allem einzelne Unternehmen und die VerbraucherInnen von Aluminium, Stahl und Papier, die häufig in den Industrieländern leben. Drei Wasserkraftwerke sind bereits politisch durchgesetzt: Belo Monte am Xingu-Fluss; dies soll der drittgrößte Staudamm der Welt werden. Außerdem Santo Antônio und Jiraú am Madeira-Fluss. Das nächste Wasserkraftwerk ist bereits in Planung: São Luis do Tapajós am Tapajós-Fluss.</p>
Aufforstungen und REDD (<i>Reducing Emissions from Deforestation and Degradation</i>):	
<p>Bis 2020 plant die brasilianische Regierung, 15 Millionen Hektar Fläche mit Plantagen aufzuforsten – ein Großteil davon Eukalyptusplantagen.</p> <p>Hieraus soll Holzkohle gewonnen werden. Diese sogenannte nachwachsende Energie ist vor allem für die Stahlproduktion gedacht: Sie soll die fossile Kohle ersetzen. Das entsprechende Programm „Aço Verde“ (Grüner Stahl) will einen Beitrag zum Klimaschutz leisten und den CO₂-Ausstoß verringern.</p> <p>Klimapolitisch bewirken Aufforstungen einen Zugewinn von Kohlenstoffspeichern. Das Holz bindet bis zu dessen Nutzung oder Zersetzung Kohlenstoff aus der Atmosphäre.</p> <p>Das internationale Klimaschutzinstrument REDD bemisst dem stehenden Wald einen Geldwert für den Kohlenstoff bei, der in Holz und Boden gespeichert ist. Es soll einen finanziellen Anreiz bieten, Tropenwälder stehen zu lassen, anstatt sie zu fällen. Die Idee dahinter: Wer seinen Wald stehen läßt, darf Rechte auf den</p>	<p>Exotische Baumarten wie z.B. Eukalyptus wachsen schnell und liefern innerhalb kurzer Zeit Holz. Sie verbrauchen dabei sehr viel Wasser. Der Anbau in riesigen Monokulturen macht intensiven Einsatz von Dünger und Pflanzenschutzmitteln erforderlich.</p> <p>Die lokale Bevölkerung hat das Nachsehen: Der Grundwasserspiegel sinkt. Das Land ist mit Pestiziden belastet. Häufig werden Kleinbauern von ihrem Land vertrieben, um großen zusammenhängenden Plantagen Platz zu machen.</p> <p>Waldschutzstrategien wie REDD heizen die Landspekulation in bislang unberührten Gebieten an. Banken und Unternehmen wittern große Gewinne durch den Handel mit Emissionszertifikaten.</p> <p>Der lokalen Bevölkerung, darunter auch indigene und traditionelle Gemeinschaften, droht die Aussperrung aus ihren Gebieten. Neue Reglementierungen ihrer Lebens- und Wirtschaftsweisen entstehen. Die sozialen</p>

<p>Ausstoß von Kohlenstoff (sogenannte Emissionsrechte) verkaufen. Ein Kohlekraftwerk bspw. muss diese Rechte erst erwerben, bevor es Kohlenstoff ausstoßen darf. So würde die Umweltverschmutzung des Kohlekraftwerks woanders zu Waldschutz führen.</p>	<p>Bewegungen befürchten, dass nicht die indigenen Gruppen, sondern multinationale Unternehmen und einige wenige Organisationen von dem REDD-Mechanismus profitieren werden. In den Industrieländern schafft das Instrument REDD keinerlei Anreiz für einen klimafreundlichen Umbau – im Gegenteil: der REDD-Mechanismus verhindert hier Umweltschutzmaßnahmen. Denn für die Unternehmen ist es häufig kostengünstiger, woanders Waldschutz zu fördern und damit das Recht auf Verschmutzung hier zu kaufen.</p>
---	--

Nachwachsende Energie durch Agrartreibstoffe:

<p>Großflächige Zuckerrohrplantagen ermöglichen die „nachwachsende Produktion“ des Treibstoffs Ethanol. Pflanzendiesel aus Soja ergänzt die Palette der nachwachsenden Treibstoffe. Brasilien fördert die Produktion von Agrotreibstoffen. Die Flächen für Zuckerrohr und Sojaanbau nehmen Jahr für Jahr zu. Auch nach Europa wird brasilianischer Agrotreibstoff exportiert. Denn auch hier steigt die Nachfrage nach dem pflanzlichen Kraftstoff, der die Abhängigkeit von den Erdölreserven verringert. Mit Hilfe von Beimischungsquoten und E10, versucht die Politik hier, die Beibehaltung unseres Mobilitätsverhaltens zu ermöglichen.</p>	<p>Die Produktion von Soja und Zuckerrohr führt in Brasilien zur Ausweitung von Agrarflächen. Die Flächen, oft in der Hand von Agrarkonzernen, nehmen gigantische Ausmaße an. Lokale Bauernfamilien werden vertrieben. Da sie häufig keine Landtitel haben, gilt dies für die Zertifizierer von Agrokraftstoffen aber nicht als Vertreibung. Die Menschen verlieren jedoch ihre Lebensgrundlage und können sich nicht mehr selbst mit Lebensmitteln versorgen. Hunger und Armut sind die Folgen. Der brasilianische Küstenregenwald und die Savannenlandschaft Cerrado mussten der industrialisierten Landwirtschaft bereits zu großen Teilen weichen. Seither dehnt sich die Agrarindustrie zunehmend nach Amazonien aus. Wie bei allen Monokulturen und intensiver landwirtschaftlicher Produktion belasten Agrargifte und mineralische Düngemittel die Wasserläufe. Die Agrotreibstoffproduktion suggeriert den VerbraucherInnen eine biologische oder sogar nachhaltige Brennstoffquelle für Kraftfahrzeuge. Das dringend notwendige Umdenken bleibt aus.</p>
---	---

Die Natur als Rechtssubjekt

„Die Anerkennung der Rechte der Natur wäre ein bedeutender und wirkungsmächtiger Perspektivwechsel. Nicht mehr die Regulierung des Umweltschutzes und damit der Nutzung der Natur durch den Menschen wäre der Ausgangspunkt, sondern ein genuines Existenzrecht der Natur“.

Thomas Fatheuer, Buen Vivir, Schriftenreihe Ökologie der Heinrich-Böll-Stiftung, Band 17, 2011, S. 24.

Alternative Produktionsweisen müssen aus Sicht der sozialen Bewegungen in Brasilien die grenzenlose Wachstumslogik in Frage stellen, kürzere Wege zwischen Produktion und Konsum ermöglichen und zugleich die Rechte marginalisierter Gruppen stärken. Hierbei zeigen sie Alternativen auf:

- Der alternative Klimagipfel 2010 in Bolivien, der auf eine große Beteiligung der sozialen Bewegungen Lateinamerikas und auch Brasiliens zählen konnte, verabschiedete die „Charta der Rechte der Mutter Erde“.

- Sie wollen das Allgemeinwohl im Mittelpunkt des Wirtschaftens sehen und nicht den Gewinn. Um dies zu erreichen, könnten Erfahrungen aus der Solidarwirtschaft (kollektiv geführte Organisationen wie bspw. selbstverwaltete Betriebe) ausgewertet werden. Brasilien ist das einzige Land weltweit, in dem die Solidarwirtschaft staatlich gefördert wird.
- Die Proklamationen der UNO sollten durch geeignete Instrumente umsetzbar werden. So wird z.B. das Recht auf Wasser von der UNO als Menschenrecht deklariert, aber es gibt keine Instrumente, dieses Recht abzusichern. Dabei könnte auf diese Weise auch die ökologische Nachhaltigkeit in der Nutzung von Wasser gewährleistet werden.
- Unterstützung lokaler und regionaler Wirtschaftskreisläufe. So werden die Wege zwischen ProduzentInnen und AbnehmerInnen/VerbraucherInnen kürzer und dabei viel Energie eingespart.
- Förderung der ökologischen Landwirtschaft. Die vorherrschende industrielle Landwirtschaft trägt stark zum Treibhauseffekt bei. Sie zerstört Ökosysteme und biologische Vielfalt und vergiftet Wasser, Böden und Menschen. Untersuchungen haben gezeigt, dass die ökologische Landwirtschaft die Menschheit sehr gut ernähren könnte.
- Unterstützung von Agroforstsystemen als Waldschutzinstrument. Dies ist eine kombinierte Anbauform von Wald und landwirtschaftlicher Nutzfläche.
- Berücksichtigung kollektiver, ressourcenschonender Wirtschaftsformen. So ist z.B. Allmend-Weidewirtschaft gerade bei
- traditionellen Bevölkerungsteilen in den Ländern des Südens noch stark verbreitet.
- Förderung des öffentlichen Transports anstelle des PKW-Verkehrs. Dies kann den weltweiten CO₂-Ausstoß aus der Mobilität gering halten.
- Wiederherstellung eines dezentralisierten Stadtgefüges, das kurze Wege erlaubt.
- Vereinbarung ökologischer Wohnungs- und Stadtpolitik.
- Maßnahmen zum Schutz der armen StadtbewohnerInnen vor den Folgen der Klimaveränderung.

Vieles davon klingt vertraut, anderes entspringt dem brasilianischen Kontext. Uns verbindet die Überzeugung, dass die globale Diskussion die Einbindung der Zivilgesellschaft verlangt. Es liegt in unserer Verantwortung, uns lokal und global dafür einzusetzen, dass sich etwas ändert. Durch bewusstes Konsumverhalten (z.B. Fleischverzicht, Flug- und Autoverzicht, Verzicht auf Wegwerfkonsum, Unterstützung des Fairen Handels) und eine Mobilität der kurzen Wege (möglichst ohne Motorisierung, z.B. Car-Sharing, ÖPNV) können wir einen Anfang machen. Wer politisch aktiv werden möchte, kann sich von KoBra weiter informieren lassen: www.kooperation-brasilien.org

In Ecuador und Bolivien wurde das Verständnis der Natur als Subjekt mit eigenen Rechten (z.B. saubere Luft, Freiheit von Verschmutzung, Recht auf Regeneration) in die neuen Verfassungen aufgenommen. Würden diese auch international verankert, könnten juristische Fürsprecher die Einhaltung der Rechte der Natur überwachen und einfordern.

„Eigenrechte der Natur anzuerkennen, ist etwas anderes, als deren Ausbeutung nachhaltig zu optimieren oder gar eine Dekarbonisierung als zentrales Ziel zu formulieren, in deren Namen dann in Lateinamerika Megastaudämme und Zuckerrohrmonokulturen (für Ethanol) sich ausbreiten“.
Thomas Fatheuer, Buen Vivir, Schriftenreihe Ökologie der Heinrich-Böll-Stiftung, Band 17, 2011, S. 31.